

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonntags.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

40. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 1. Juli 1902.

№ 75.

IV. Generalversammlung

des Verbandes der Deutschen Buchdrucker
in München am 23. Juni 1902 und folgende Tage.

Wörter Verhandlungstag.

Donnerstag den 26. Juni.

Döblin eröffnete die Sitzung um 8 Uhr und wünschte, daß die Diskussion über den Correspondenten sich in einem Rahmen bewegen möge, welcher unserer Organisation entspreche.

Zur Berichterstattung über den Gewerkschaftskongreß, soweit sie mit dem vorstehenden Punkte zusammenhängt, nahm zunächst das Wort

Maffini: Der Gewerkschaftskongreß in Stuttgart sei diesmal von prinzipieller Bedeutung gewesen und es dürfe sich empfehlen, etwas näher auf die Verhandlungen einzugehen. Redner verbreitete sich über das Leipziger Gewerkschaftskartell und die Angelegenheit mit den Buchdruckern überhaupt, hob aber dabei lobend hervor, daß die Verhandlungen im großen und ganzen sehr sachlich geführt worden seien. Die bekannten Telegramme an den Reichskanzler und den Grafen Pobjedowitsch wurden dabei von einigen Rednern verurteilt, aber durch die anwesenden Buchdrucker auf den richtigen Wert zurückgeführt. Da das pro und contra dieser Telegramme bereits im Corr. genügend erörtert worden sei, so könne man füglich von einem näheren Eingehen auf diese Angelegenheit absehen. Sowohl das Leipziger Kartell wie auch die Buchdrucker-Wacht hätten Flugblätter und Nummern der Wacht an den Kongreß zur Verteilung gesandt, die aber von den Anwesenden fast gar nicht beachtet wurden. Ein klägliches Plakat als diese sogenannten Vertreter der sich „zielbewußt“ nennenden Arbeiter auf dem Stuttgarter Kongreß habe noch niemand erlebt. Beyer-Weipzig habe sich für das Kartell scharf ins Zeug gelegt, aber die Mehrheit der anwesenden Arbeitervertreter stellte sich auf den Standpunkt der organisierten Buchdrucker und lehnte einen Antrag, welcher den Vorstand des Verbandes zwingen sollte, mit dem Kartelle in Verhandlungen einzutreten, ab. Der Beschluß des Frankfurter Kongresses bleibt sonach in Kraft. Maffini teilte sodann noch einige Redebeiträge verschiedener Kongreßbelegierter mit, die sich mit dem Verbands der Buchdrucker befaßt haben, namentlich aber mit dem Redakteur des Corr. Sogar persönlich und teilweise ordinar habe man den Kollegen Rezhäuser, der unsere Interessen wenn auch energisch, aber immer sachlich verteidigt hätte, angegriffen, der aber den Herren von der Opposition die Antwort nicht schuldig geblieben sei. Im großen und ganzen hätten jedoch die ruhiger denkenden Vertreter unsern Standpunkt anerkannt in dieser Angelegenheit. Es sei uns nicht eingefallen, diejenige Partei anzugreifen, die in deutschen Parlamenten die Arbeiterinteressen vertritt, wir müßten aber auch jeden unberechtigten Angriff auf unsern Verband abwehren. Unser Verband sei neutral, d. h. es könne jedes Mitglied sowohl in religiöser wie politischer Beziehung darin festig werden, deshalb solle man uns von der sozialdemokratischen Partei ungeschoren lassen, dann hätten wir auch keine Ursache letztere anzugreifen. Durch die Wahl Döblins in die Generalkommission habe man dokumentiert, daß man unsre Tätigkeit auf gewerkschaftlichem Gebiete anerkenne. Dies sei dem Verbands die schönste Genugtuung auf die Angriffe der letzten Zeit.

Döblin schlug vor, bei weiterer Besprechung dieser Angelegenheit nur die Haltung des Corr. dabei in Betracht zu ziehen, nicht aber die Verlegung sowie die übrigen Anträge, welche zum Corr. gestellt sind.

Wenzel: Redner glaubte, daß wir Buchdrucker nach dem Referate Maffinis doch nicht so gut abgeschnitten hätten auf dem Kongreß als der Referent es ausgeführt. Er erkenne an, daß die Buchdrucker-Wacht dasjenige Organ gewesen sei, welches den Zwist geschlichtet habe, aber sowohl der Zentralvorstand wie auch der Corr.-Redakteur hätten auch etwas ihre Handlungen auf den Frieden unter den Behörden zuschneiden können. Er billige das Telegramm an den Reichskanzler, aber nicht dasjenige an den Staatssekretär des Innern. Die Tätigkeit Rezhäusers erkenne er vollständig an, aber ein Redakteur muß größere Gesichtspunkte haben als persönliche Gefühle zu verteidigen.

Derselbe habe aber die sozialdemokratische Partei früher oftmals verhöhnt und dies verurteile er. Wenn Rezhäuser in letzter Zeit mehr sachlich die Verteidigung der Angriffe zurückgewiesen habe, so begrüße er das und hoffe, daß es auch für die Zukunft so bleiben möge. Aber bei der Verteidigung unserer Interessen solle man weder zu viel nach rechts wie nach links abschwanken, sondern die Mitte zu halten suchen. Die heutige ausgiebige Aussprache in dieser Angelegenheit werde hoffentlich dazu beitragen, dem Kollegen Rezhäuser die Route vorzuzeichnen, die er für die nächsten drei Jahre zu gehen hat. Er verlange keinen Frieden um jeden Preis, aber Frieden muß mit den übrigen Arbeitern unter allen Umständen geschlossen werden.

Feuerstein: Ich schließe mich den Ausführungen des Kollegen Wenzel im großen und ganzen an, ebenso dem größten Teile der Ausführungen Maffinis über den Gewerkschaftskongreß. Aber Kollege Rezhäuser hätte bei den Angriffen auf die Buchdrucker sich nicht so verhalten als wie man es habe erwarten können. Als Beweis wolle er nur die Abfassung der Broschüre anlässlich der 500-jährigen Jubelfeier der Erfindung der Buchdruckerkunst anführen, die mit Angriffen auf die sozialdemokratische Partei gepickt, mithin tendenziös abgefaßt worden sei. Er begrüße deshalb die abgegebenen Erklärungen beiderseits auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongreß. Frieden unter den organisierten Arbeitern müsse unter allen Umständen herbeigeführt werden. Darauf ging Redner auf die Haltung des Corr. ein, der man nicht Beifall zollen könne. Er führte dies durch einige Beispiele an, indem er eine Anzahl Meinungen aus der Fach- und politischen Presse vorlas, um die „rigorose Taktik“ Rezhäusers gegenüber andersdenkenden Kollegen und gegen die sozialdemokratische Partei zu illustrieren. Die Ausführungen Feuersteins gegen den Corr. bezw. dessen Redakteur dauerten über eine Stunde.

Engelbrecht: Wir sind alle bestrebt, daß die eigentümlichen Verhältnisse zwischen den Buchdruckern und den übrigen organisierten Arbeitern andere werden. Aber er glaube nicht, daß es dazu kommen werde, weil zu Ende des Gewerkschaftskongresses, der den Frieden zum Ausdruck brachte, die Leipziger Volkszeitung die Stinkbomben gegen den Verband bezw. gegen ihre Führer von neuem fällenderte. Aber daß wir die „Gewerkschaft“ in Leipzig mit allen Aktiven und Passiven übernehmen sollen, wie der Maurer Beyer in Stuttgart meinte, dagegen müsse er sich ganz entschieden erklären. Die Bewegung gegen die Tarifgemeinschaft sei lediglich von Leipzig ausgegangen. Redner wies den gemachten Vorwurf zurück, daß die Organisation durch die Tätigkeit Rezhäusers geschädigt worden sei. Die Leipziger Kollegenschaft erkläre sich mit der Schreibweise des Corr. voll und ganz einverstanden, da der neutrale Standpunkt sowohl nach rechts wie nach links gewahrt werden müsse. Wenn er aber ebenfalls eine solche Menge Material hier vortragen wollte wie es Feuerstein getan, so würden die Anwesenden überzeugt werden, daß die Haltung des Corr. in dieser Angelegenheit eine berechtigte gewesen.

Hierauf trat die Frühlückspause ein. Vorher gab Feuerstein noch die Erklärung ab, daß die Münchener Post einen unrichtigen Bericht über den ersten Sitzungstag gebracht habe, indem man ihm Meinungen in den Mund legte, die er nicht gemacht hätte. Nach der Pause gelangte zunächst zum Worte

Rezhäuser, welcher in längerer, über zwei Stunden dauernder Rede die Haltung des Corr. gegenüber den Angriffen der sozialdemokratischen Presse verteidigte. Er kritisierte kurz die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses und sprach dann gegen die Meinungen Feuersteins, tadelte das taktlose Benehmen der Schwab. Tagewacht gegenüber den anwesenden Regierungsvertretern auf dem Gewerkschaftskongreß und daran anschließend die gemeinen Angriffe mehrerer sozialdemokratischer Parteiredakteure, wandte sich dann gegen Wenzel wegen der angelegenen Friedensschalmei gegenüber der Buchdrucker-Gewerkschaft und widerlegte darauf mit vorgebrachten Beweisen Feuersteins Anschuldigungen. Redner schloß mit den Worten, daß er bereit sei, Frieden mit der sozialdemokratischen Partei zu machen, verlangen könne er aber, daß die Führer der letztern auch die Angriffe auf den Buchdrucker-Verband und dessen Organ, den Corr., unterlassen.

Hildenbrand erwiderte auf die Ausführungen Rezhäusers, indem er die sozialdemokratische Parteipresse in Schutz nahm gegen die vorgebrachten Anschuldigungen des letztern. Im übrigen stellte sich H. in seinen Ausführungen auf den Standpunkt Feuersteins. Redner schloß mit den Worten: Wir müssen heute so viel aus der langen Debatte herausziehen, daß wir uns nicht gegenseitig bekämpfen sollen, sondern gemeinsam (also Gewerkschaften und Partei) die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen anzustreben suchen.

Da die Gesichtspunkte bis jetzt von allen Rednern gefaßt sein dürften, so glaubte Klapproth den Antrag einbringen zu sollen, für die folgenden Redner die Redezeit auf 15 Minuten zu beschränken. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Faber kam noch kurz auf das sogenannte Pobjedowitsch-Telegramm zurück und gab nochmals die Gründe an für die Abfendung desselben an den genannten Staatsminister. Wir hätten das Telegramm nicht abgefaßt, sondern der Tarif-Ausschuß.

Feuerstein zitierte und verurteilte die Meinungen eines Redners auf dem Gewerkschaftskongreß, „die Buchdrucker gehören zu den Satten, die schon alles erreicht haben und deshalb die übrigen Arbeiter über die Achsel ansehen.“

Dorfsch: Er wolle nur hier den Willen seiner Wähler zum Ausdruck bringen, daß dem Streite zwischen sozialdemokratischer Partei und Corr. ein Ende gemacht werden müsse. Redner plaidierte für seinen Ausführungen für Beilegung dieses Zwistes und meinte, daß die Partei 1891 bei unserm Neunstundenkampfe uns moralisch unterstützt habe.

Kraffer sprach in ähnlichem Sinne wie Dorfsch. Bei Beurteilung des Streitpunktes dürfe man die eigentümlichen gereizten Verhältnisse, wie sie in Sachen und speziell in Leipzig unter den Arbeitern vorhanden seien, nicht außer acht lassen. Redner wies den Vorwurf zurück, als wenn der Parteivorstand, der auf die Haltung einzelner Blätter in dieser Angelegenheit keinen Einfluß habe, unterlassen hätte, den Streit beizulegen.

Döblin gab hierauf bekannt, daß in der Präsenzliste noch 21 Redner eingeschrieben seien und bat die Herren Delegierten, die zu dieser Materie noch sprechen wollten, sich zu verständigen, damit morgen jede Richtung noch einige Male zum Worte gelange und die Verhandlungen über die Corr.-Frage nicht zu sehr in die Länge gezogen würden.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wurden sodann die Verhandlungen von Döblin nach 8 1/2 stündiger Dauer geschlossen.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag den 27. Juni.

Die Sitzung wurde um 8 1/2 Uhr von Döblin eröffnet und bekannt gegeben, daß die Verhandlungen heute eine Stunde länger dauern sollten, um die Tagesordnung bewältigen zu können.

Döblin verlas hierauf folgende eingegangene Resolution von Demuth und sechs weiteren Delegierten:

„Die vierte in München tagende Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker erklärt, daß es ihrer Organisation und deren Organ bezw. Redakteur vollständig fern liegt, der sozialdemokratischen Partei und ihren Bestrebungen zur Hebung der Lage der arbeitenden Klassen irgend welche Schwierigkeiten zu bereiten, verlangt jedoch auch von der genannten Partei und deren Preisorganen, daß diese sich ebenfalls jeder Angriffe auf die Leitung des Verbandes sowie seiner inneren Angelegenheiten enthalten.“

Die Resolution wurde von Demuth begründet; sie sei eingebracht worden, um die Debatte über den Corr. abzukürzen.

Siebert: Ich bin zwar nicht gegen die Resolution, nur sollte noch ein Satz beigefügt werden, daß die Generalversammlung sich mit der Haltung Rezhäusers gegenüber einem Teile der Parteipresse bezw. deren Redakteuren, die den Verband unberechtigt angegriffen haben, einverstanden erkläre. Redner glaubte, daß die Angriffe von einzelnen auch jetzt noch fortgesetzt werden dürften, weil der Parteivorstand gar nicht die Macht habe, dies zu verbieten.

Eisdler wandte sich darauf gegen die gestrigen Ausführungen Hildenbrands und verteidigte entschieden das

Vorgehen Neghäusers gegenüber der Angriß der Parteipresse auf den Verband. Als wir die Tarifgemeinschaft eingeführt, hätten die Angriffe auf der ganzen Linie der sozialdemokratischen Presse eingest, deshalb sei es eine Phrase, wenn gesagt würde, wir hätten die Partei provoziert. Durch das Eingehen der Tarifgemeinschaft, die wir für notwendig erachteten, konnte sich doch die sozialdemokratische Partei nicht beleidigt betrachten. Er könne sich daher für die Resolution nicht begeistern, weil dann gesagt werden könne, dem Kollegen Neghäuser sei ein ausgesetztes worden; er bitte deshalb, die Resolution abzulehnen.

Gieseler: Die Partei könne alles möglich und unmögliche anregen; wenn dann nichts erreicht wird, so bleibe es eben beim alten. Dagegen haben die Gewerkschaften mit den wirtschaftlichen Verhältnissen zu rechnen. Redner stellte sich auf den Standpunkt Neghäusers, daß nicht eher mit der Partei Frieden geschlossen werden solle, bis diese klipp und klar erkläre, sie werde in Zukunft die Buchdrucker in Ruhe lassen und plädierte ebenfalls für Ablehnung der Resolution.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde abgelehnt. Rosenlechner vertrat die Ansicht, daß der Frieden mit der Partei nur möglich sei, wenn man Leipzig bezu. die dort hängenden Forderungen der Gewerkschaft davon ausschleße. Wenn man sage, daß der Verband der angrenzende Teil gewesen sei, so müsse man vorher den Beweis hierfür erbringen. Die ganze Angelegenheit sei eine persönliche Hege gewesen. Redner nahm Neghäuser in Schutz in Bezug auf die von ihm veröffentlichten Abwehrartikel gegen einzelne Führer der Partei. Man habe von Parteiseite die Absicht gehabt, durch Ausschachtung des bekannten Posadowsky'schen Telegramms Uneinigkeit unter den Buchdruckern hervorzurufen, um dabei im Trüben fischen zu können. Er wolle daher gegen die eingebrachte Resolution.

Heismann war der Ueberzeugung, daß die gegenwärtige Debatte einzig und allein durch Gask und Konforten hervorgerufen worden sei. Von den Parteileitern würden deshalb die Anhänger der Gewerkschaft der Buchdrucker nur als zielbewußte Genossen betrachtet, die Mitglieder des Verbandes aber als rückständig.

Hierauf wurde ein erneuter Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Döblin bemerkte, daß nunmehr noch ein Redner für und ein Redner gegen die Resolution zu sprechen habe.

Walz (gegen): Die Resolution sei überflüssig, weil der Gewerkschaftskongress auch keine Resolution angenommen habe, sondern es wurde dort nur ein Resümee gegeben über die Debatte seitens des Vorsitzenden. Kollege Döblin solle ähnliches auch hier in unserer Generalversammlung bekannt geben.

Fritzsche (für): Die Resolution müsse man deshalb annehmen, weil Kollege Neghäuser auch Fehler gemacht habe bei Abweisung der Angriffe; namentlich sei der Ton desselben in seiner polemischen Diskussion zu verurteilen. Redner beklagte, daß sich die Buchdrucker zu wenig der Partei anschließen und in Gemeinschaft mit dieser nicht die allgemeinen Interessen förderten.

Demuth hatte das Schlusswort als Antragsteller. Neghäuser wollte er in keiner Weise in seiner Abwehr gegen die Partei verurteilen, aber man solle hier durch die Resolution dokumentieren, daß wir den Frieden wünschen und uns jeder Streit fern liege, wenn man uns in Ruhe lasse.

Neghäuser (persönlich) wies sodann den Vorwurf Hildenbrands zurück, daß er mit seinen Ausführungen hier Stimmung habe machen wollen, desgleichen einen Ausspruch Heismanns, als wenn er die Generalversammlung habe düpierten wollen durch seine Friedensbetreibungen.

Döblin gab hierauf ein Resümee über die gepflogene Debatte und brachte dann die Resolution Demuth zur Abstimmung, die gegen 16 Stimmen angenommen wurde.

Danach verlas Döblin eine Postkarte vom Reichstagsabgeordneten Mehger, die hohen Beiträge der Gewerkschaften betreffend.

Schorck (persönlich) verwahrte sich gegen den Vorwärts gemachten Vorwurf, daß die Essener Buchdruckerei, welcher er vorstehe, dem Verbandsangehöre. Dies sei nicht der Fall, sondern die Druckerei sei nur Eigentum einer Anzahl Verbandsmitglieder. Die Bezeichnung, welche er dieserhalb eingesandt, hätte der Vorwärts nicht aufgenommen, weshalb er sich gezwungen sehe, dies hier vorzubringen.

Da die Punkte „haltung des Corr.“ und „Gewerkschaftskongress“ nunmehr beendet waren, schlug Döblin vor, die Anträge zur Verlegung des Corr. und Errichtung einer Verbandsdruckerei zusammen zu verhandeln. Die Generalversammlung war damit einverstanden.

Dreter begründete den Hamburger Antrag auf Sitzverlegung. Wenn man den Antrag nach Hamburg nicht annehmen wolle, dann solle man wenigstens beschließen: Los von Leipzig und Verlegung des Corr. nach Berlin.

Vogel: Die beantragte Verlegung des Corr. von Leipzig sei lediglich eine Verbeugung vor der sozialdemokratischen Partei. Er halte es deshalb für einen Fehler, den Corr. von Leipzig wegzunehmen. Ebenso erklärte sich Redner gegen Errichtung einer Verbandsdruckerei, die event. verhängnisvoll für den Verband werden könne.

Klapproth: Wenn auch Hannover den Antrag auf Sitzverlegung mitgestellt habe, so sei er persönlich doch damit nicht einverstanden, sondern glaube, daß man einen

Fehler begehe, jetzt den Corr. von Leipzig nach Berlin zu verlegen. Redner erklärte sich gleichfalls gegen Errichtung einer Verbandsdruckerei und nahm bei dieser Gelegenheit Bezug auf die Errichtung einer solchen Anfangs der 70er Jahre, die schließlich in den Besitz von Herrn Mäser übergegangen wäre. Ähnliches möchte man diesmal verhindern.

Maffini meinte, gerade die gegängigen Angriffe, welche namentlich von Leipzig und speziell der dortigen Volkszeitung gegen unsere Organisation ausgingen, sollten uns dazu führen, der Verlegung nach Berlin, dem Sitz des Zentralvorstandes, zuzustimmen. Aus ähnlichen Gründen sei auch die Sitzverlegung der Generalkommission von Hamburg nach Berlin beschlossen worden. In Berlin würden solche Reibereien, wie sie in Leipzig vorgekommen, unmöglich werden.

Schlag führte aus, die Delegierten von Schlesien könnten sich mit der Sitzverlegung des Corr. nicht einverstanden erklären. Man solle ihn da belassen, wo er seit dem Tage seines Erscheinens gewesen sei. Würde der Corr. nach Berlin kommen, so habe man nachher nicht bloß auf den Redakteur, sondern auch auf den Zentralvorstand los, wenn divergierende Ansichten im Vereinsorgane zu Tage treten würden.

Hildenbrand sprach für Sitzverlegung, weil in keiner Stadt in ganz Deutschland die Arbeiterverhältnisse und speziell die der Buchdrucker so verworren wären wie gerade in Leipzig, er glaube deshalb, daß die Verhältnisse dort bessere würden, wenn der Corr. von da weg verlegt werde. In seinen weiteren Ausführungen wandte sich Redner noch gegen die Errichtung einer Verbandsdruckerei.

Neghäuser: Wenn vor drei Jahren in Mainz die Sitzverlegung des Corr. beantragt worden wäre, so würde er dafür eingetreten sein. Jetzt hätten sich aber die Verhältnisse infolgedessen geändert, weil wir in dem Kampfe in Leipzig uns mit den dortigen Verbandsmitgliedern solidarisch erklären müßten. Wir haben keine Garantie dafür, daß die Verhältnisse sich ändern werden betreffs unseres Organs, wenn die Ueberlegung beschlossen werden sollte. Redner plädierte noch entschieden für Belassung des Corr. in Leipzig.

Rauhut erklärte sich für Verlegung des Corr. nach Berlin. Döblin gab namens des Verbandsvorstandes die Erklärung ab, daß derselbe kein Interesse daran habe, den Corr. von Leipzig nach Berlin überführt zu sehen. Man solle ihn in Leipzig belassen, weil die dortigen Kollegen ein gewisses Anrecht an den Corr. hätten, indem er 1863 von Fortbildungsvereine der Buchdrucker gegründet worden sei. Vorteile erwüßten dem Verbandsmitglied durch die Sitzverlegung. Im Gegenteil, wenn der Corr. verlegt würde, so würde darin die sozialdemokratische Partei eine gemachte Konzeption erblicken, daß man unsern Redakteur unter Aufsicht des Zentralvorstandes gestellt habe. Ferner seien Mißdeutungen nicht ausgeschlossen in Parteifreien, wenn der Corr. nach Berlin verlegt werde. Man würde jedenfalls die Verlegung als ein Zugeständnis an die Partei betrachten.

Die Verlegung des Corr. wurde darauf mit 47 gegen 38 Stimmen abgelehnt.

Die Gründung einer eignen Druckerei wurde ebenfalls und zwar mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Bezüglich des Correspondent-obligatoriums wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Bettenworth sprach noch dafür, daß der Corr. zwecks schnellerer Herstellung auf einer Rotationsmaschine gedruckt werde.

Döblin gab das Versprechen, diesbezüglich mit dem Drucker ins Einvernehmen zu treten.

Eichler gab dann noch nähere Erläuterungen über die Fertigstellung des Corr. und die Hindernisse, die einer schnelleren Expedition entgegenstehen.

Darauf erstattete Faber namens der Diätenkommission Bericht, welche 10 Mk. Diäten pro Tag festgesetzt wissen will. Dem Antrage der Kommission wurde stattgegeben.

Die Generalversammlung ging nunmehr zur Besprechung über die allgemeine und tarifliche Lage über.

Döblin schlug vor, bei diesem Punkte gleich die gestellten Anträge aus Rheinland-Westfalen mit in das Reich der Beratung zu ziehen.

Schliebs (Sekretär des Tarif-Amtes), referierte sodann in ausführlicher Weise über die im vergangenen Jahre abgefallenen Tarifverhandlungen. Da die interessante Rede im Wortlaute in Protokolle abgedruckt werden wird, so können wir auf die Wiedergabe derselben, die an dieser Stelle doch nur sehr verkürzt erfolgen müßte, absehen. Soviel wollen wir jedoch erwähnen, daß Herr Schliebs die gestellten Anträge zur Tarifrevision in seine Betrachtungen einbezog, dann die Verhältnisse in Rheinland-Westfalen näher beleuchtete und die paritätischen Arbeitsnachweise als eine Errungenschaft für den Tarif bezeichnete. Ebenso sei die Einrichtung der Kreis-Kemter als ein Fortschritt namentlich in Hinsicht auf die Lokalzuschläge zu betrachten, weil die Kreis-Kemter am ehesten in der Lage wären, die betreffenden Lokalzuschläge für den einen oder andern Ort zu bestimmen. Was die Befristungsfrage anbelange, so wäre auch hier nicht zu leugnen, daß mit Eingehen der Tarifgemeinschaft in dieser Beziehung vieles besser geworden sei. Die Befristungszahl an und für sich hätte gegen früher nicht zu, sondern abgenommen. Weiter bezeichnete Redner es als einen Fortschritt, daß nach dem Tarife in Zukunft an der Seg-

maschine nur gelernte Buchdrucker beschäftigt werden dürften.

Einem Vorschlage Döblins, nach dem Referate des Herrn Schliebs die Beschwerden von Rheinland-Westfalen vorzubringen, wurde zugestimmt, worauf

Mirrow als nächster Redner das Wort erhielt. Zunächst betonte derselbe, daß sich die Verbandsmitglieder in Rheinland-Westfalen stets nach dem allgemeinen, nicht nach dem Sondertarife gerichtet hätten. Sodann ging Redner des näheren auf die Ausführungen des Herrn Schliebs über die Tarifverhältnisse im Kreise II über, indem er einige vorgebrachte Fälle des letztern richtig zu stellen suchte. Namentlich sei der sogenannte rheinische Tarif nicht als reale Wirksamkeit, sondern mehr als auf dem Papiere stehend betrachtet worden. Man habe nicht diejenigen Mitglieder in Schutz nehmen wollen, die glaubten, mit Einführung des neuen Tarifes geschädigt worden zu sein, sondern nur diejenigen, welche tatsächlich geschädigt worden seien.

Badus verwahrte sich gegen den Vorwurf von Schliebs, daß die rheinisch-westfälische Gesellschaft für die Einführung des Tarifes nichts getan habe. Der Sondertarif war nur dem Namen nach bekannt; gerichtet haben sich die Beteiligten danach. Deshalb sei es erklärlich, wenn die Gehilfen in Rheinland-Westfalen aufgebracht wurden darüber, daß man einen wesentlichen Teil des Sondertarifes (stufenweise Festsetzung des Minimums) mit in den allgemeinen herübernahm. Redner sprach die Erwartung aus, die Generalversammlung werde erklären, daß die den rheinisch-westfälischen Prinzipalen bezüglich des Tarifes gemachten Zugeständnisse nicht am Plage wären.

Döblin stellte darauf richtig, daß Rheinland-Westfalen nur Zugeständnisse wegen der weiteren Feiertage, die dort üblich sind, gemacht wurden. Wenn die Zahl der dortigen Verbandsmitglieder so minimal sei gegenüber den Nichtverbändlern, so könne auch der Verbandsvorstand nichts weiter in dieser Sache tun, sondern die dortigen Kollegen müßten erstmals zu der Erkenntnis kommen, daß eine Abhilfe nur durch den Anschluß an die Organisation zu erreichen möglich wäre. Redner verlas noch mehrere Entrüstungsschreiben aus dem Rheinland, worin dem Zentralvorstande ganz unerhörte Invektiven an den Kopf geworfen wurden.

Schorck bemerkte, daß die Delegierten aus Rheinland-Westfalen gar nicht den Auftrag hätten, vom Zentralvorstande zu verlangen, er solle für die Einführung des Tarifes dort sorgen. Dagegen stellte Redner fest, daß Mißstimmung darüber herrsche, weil der Prinzipalsvorsitzende einseitig dekretiert habe, die Gehilfen müßten, um die weiteren Feiertage zu kompensieren, eine halbe Stunde länger arbeiten. Im übrigen schloß sich Redner den Ausführungen Mirrows an.

Albrecht erklärte, die Verwirrung, die in Rheinland-Westfalen herrsche, sei nur durch das bekannte Zirkular der Prinzipale entstanden. Er weise die Vorwürfe zurück, daß die Gehilfen nicht ihre Schuldigkeit getan hätten. Die Kritik, die geübt werde, sei nicht so unberechtigt gewesen als wie sie hingestellt wurde.

Bettenworth, welcher früher in Rheinland-Westfalen als Gehilfe thätig war, stellte fest, daß ohne Mithilfe der Prinzipale absolut dort nichts auf dem Tarifgebiete zu erreichen möglich wäre, weil den Verbandsmitgliedern noch einhaie doppelt so viele Nichtmitglieder gegenüber stehen. Konstatieren wolle er jedoch, daß die Verbandsmitglieder dort ihre Schuldigkeit getan hätten. Er empfahle den Kollegen, in den nächsten fünf Jahren mehr Mitglieder für die Organisation zu gewinnen, dann würde man bei der nächsten Tarifberatung auch größere Zugeständnisse erhalten.

Schumarr schloß sich den Ausführungen seiner Mitdelegierten aus Rheinland-Westfalen an.

Neghäuser will den Kollegen in Rheinland-Westfalen nicht alle mißerbenden Umstände versagen, da gerade bei der Tarifverhandlung ein Wechsel in der Person des Gehilfenvertreter's stattfand. Aber eine Entrüstung in der Weise, wie sie hier Platz gegriffen, müsse er entschieden verurteilen.

Grahamann und Becker beleuchteten die Verhältnisse in Rheinland-Westfalen noch näher durch Vorführung weiterer drastischer Beispiele. Letzterer verlangte von der Generalversammlung, daß sie erkläre, die Gehilfen in Rheinland-Westfalen wären bei der Tarifberatung ungerecht behandelt worden. Dann sei ihnen Genüge geleistet.

Gieseler war auf eine noch größere Kanonade seitens der Delegierten aus Rheinland-Westfalen gefaßt, aber da die Ausführungen nur in allgemeinen Redensarten und unberechtigten Vorwürfen bestanden hätten, so wolle er sich nur kurz dahin aussprechen, daß der Prinzipalsvertreter des Kreises II erklärt habe bei der Tarifberatung, nunmehr werde er nach dem neuen Tarife befristet. Er begreife deshalb nicht, warum die Kollegen von einer Schädigung sprechen könnten. Tatsächlich seien auch Verbesserungen erfolgt. Er könne deshalb die Beschwerde von dort nicht anerkennen.

Faber konnte ebenfalls die Vorwürfe nicht als berechtigt anerkennen, sondern empfahl vielmehr den Kollegen aus Rheinland-Westfalen, sich mit den gegebenen Verhältnissen abzufinden und dafür zu sorgen, daß die Organisation in den nächsten Jahren bei ihnen kräftig gestärkt werde.

Zum Schluß wurden noch einige Begrüßungstelegramme verlesen und darauf die sehr anstrengende Sitzung nach zehnstündiger Dauer abends 6 Uhr geschlossen.

(Schluß der Generalversammlungsverhandlungen f. Westlage.)

Rundschau.

Ein Buchbindermeister, der Buchdruckerei als Nebenbetrieb betreibt und einen Maschinenmeister (Schweizerbege) beschäftigt, hatte einen Seherlehrling eingestellt. Der Vater des letzteren klagte auf Auflösung des Lehrverhältnisses und erhielt vom Gewerbegericht Recht zugesprochen: Ein als Seherlehrling angenommener junger Mann könne fordern, von einem gelernten Seher ausgebildet zu werden. Der Maschinenmeister habe wohl zeitweilig Seherarbeiten in kleinen Betrieben verrichtet, sei jedoch nicht so ausgebildet, daß ihm die Beschäftigung zur Anleitung von Schriftsetzerlehrlingen zugesprochen werden könne.

Die Schnellpressenfabrik Frankenthal Albert & Co. erzielte im letzten Geschäftsjahre 252 693 Mk. Reingewinn gegen 440 865 Mk. im Vorjahre. Die Dividende beträgt 8 Proz. gegen 12 Proz. im Vorjahre. Das Grundkapital beträgt 2 1/2 Mill. Mark.

Der Konkurs wurde am 18. Juni eröffnet über das Vermögen des Buchdruckereibesetzers Gottlieb Palm in Pöpplingen.

Der Heberkolleg! Von der Staatsanwaltschaft in Mannheim wird wegen schweren Diebstahls gegenwärtig ein gewisser August Bahdging aus Jodgrim verfolgt, der der menschlichen Gesellschaft seine „schäbahren“ Dienste nicht nur als Einbrecher widmet, sondern auch als Hauskurche und — Buchdrucker!

Die Schnellleber der Volkszeitung entfiel in ihrer Nummer vom 24. Juni eine erstaunliche Fülle von Berichtigungen, selbst beim Umbruche sind die fatalsten Dinge passiert. Das Blatt erklärt seinen Lesern die Ursache dieser bösen Schnitzer in lakonischer Kürze wie folgt: „Zur Erklärung dieser Unfälle mag dienen, daß der hiesige Verein Typographia in der Zeit von Sonntagabend bis Montagmorgen Johannisfest gefeiert hat.“ Das läßt fürwahr tief blicken!

Die Schnelligkeit und Zuverlässigkeit der Presse ist über allen Zweifel erhaben, wie die zum 29. Juni erschienene Nummer des Berliner Evangelischen Sonntagblattes dies wieder eklatant darthut. Wir lesen nämlich in dieser uns zugegangenen Nummer folgendes: „In England hat am 26. Juni die Krönung Eduards VII. stattgefunden. Die Feierlichkeiten begannen am 23. Juni und schlossen am 28. mit einer Flottenschau bei Spithead, an welcher 122 englische und viele ausländische Kriegsschiffe teilgenommen haben.“

Der Berichtigungszwang der Presse wurde durch ein Münchener Gerichth dahin präzisiert, daß eine eingekaufte Berichtigung mit Fug und Recht abzulehnen sei, wenn sie sich nicht auf tatsächliche Angaben beschränkt. Der angeklagte Redakteur der Münchener Post erzielte deshalb in der zweiten Instanz vollständige Freisprechung, der strafbare Zynismus der fraglichen Berichtigung wurde sogar als erst in zweiter Linie kommend bezeichnet.

Einer eigenartigen Spekulation legte dieser Tage die Polizei in Dresden das Handwerk. Dort wurden Ansichtskarten, König Albert auf dem Paradebette darstellend, massenhaft ausbezogen. Paßt nun schon der Anblick eines ausgebeugten Korten verteuert schlecht zu der Bestimmung einer, meistens fidele oder doch freundliche Grüße übermittelnden Ansichtspostkarte, so war im vorliegenden Falle der Unfug ein noch ärgerer. Eine Berliner Firma dieser Branche versuchte nämlich ihren noch großen Rest von Karten mit dem vor 14 Jahren verstorbenen Wilhelm I bei dieser Gelegenheit loszuschlagen, indem sie die entferntere Ähnlichkeit zwischen diesen beiden Fürsten ausnützte und unter das Bild des verstorbenen Kaisers einfach die Worte setzte: König Albert auf dem Paradebette.

Die Buchbinder-Zeitung ist in der Lage, einiges über Bücherverkäufe mitteilen zu können, bei denen die gezahlten Preise förmlich schwindlich machen. So wurde im April vorigen Jahres in New York ein Folioband von Shakespeares Dramen, erste Ausgabe aus dem Jahre 1623, mit 4400 Mk. bezahlt. Ein anderes Buch, Shakespeares „Sir John Obcastle“, wurde für 1470 Mk. verkauft. Dasselbe stammt aus dem Jahre 1600. Im Mai dieses Jahres wurden für Tennysons erste Ausgabe von „Lowens Tale“ aus dem Jahre 1833 12 600 Mk. gegeben. Es sollen damals nur sechs Exemplare gedruckt sein. Für die erste Bibel, die in Amerika in englischer Sprache gedruckt wurde, was im Jahre 1781—1782 in Philadelphia geschah, wurden 8500 Mk. bezahlt. In Philadelphia wurde im Mai dieses Jahres auch eine große Summe für das seltenste historische Dokument des Staates Pennsylvania gegeben. Die Urkunde zeigt als Datum das Jahr 1682. Sie ist auf zwei Bogen Pergament geschrieben und trägt Siegel und Unterschrift des William Penn. Für dieses Dokument bezahlte ein Bankier die Kleinigkeit von 73 500 Mk. Einen hohen Preis erzielte am 14. Mai in London das reich illustrierte Manuskript eines sächsischen Breviers. Es besteht aus 436 Blättern, Pergamentpapier, die mit gotischer Schrift rot und schwarz geschrieben sind. Im Brevier ist keine Jahreszahl angegeben, es steht nur darin, daß dieses Brevier für die Familie van Egmont und Werbenberg bestimmt war, später aber in den Besitz von James West überging, dessen Bibliothek im Jahre 1773 verkauft wurde. Für dieses Manuskript wurden nicht weniger als 36 200 Mk. gegeben. Ein anderes Manuskript, „Evangelio Quatuor“, dessen Einband mit kostbaren Steinen besetzt ist, wurde im vorigen Jahre für 200 000 Mk. verkauft.

Der VI. internationale Kongreß für Arbeiterversicherung findet in der „Hilfe“ eine harte Beurteilung, die ihn als einen sozialpolitischen Kongreß der Großindustriellen bezeichnet. Auf den Pfaden einer mäßigen humanitären Sozialreform wären die Vertreter der Großindustrie mit den Posadovshy und Möller Arm in Arm anzutreffen. Die Begrüßungsrede des Staatssekretärs des Innern habe deutlich genug ausgesprochen, daß alle Sozialpolitik ihre Schranken habe, daß man sich hüten müsse, „vorzeitige und unreife Forderungen“ zu stellen oder Ansprüche zu erheben, „die ohne ernstliche Gefährdung unserer gesamten Erwerbslebens überhaupt nicht erfüllt werden können“. Auch der gewesene Präsident des Reichsversicherungs-Amtes Böbker sprach in ähnlichem Sinne, nach seiner Ansicht hätten die Sozialisten eine von den Versicherungsanstalten bestimmte Grenze. — Daß solche Anschauungen vor ein solches Auditorium gehören, könnte man schließlich noch bezweifeln, daß aber von Kongressen dieser Art die Arbeiter keinen oder nur wenigen Nutzen haben, braucht man ernsthaften Menschen nicht noch extra zu sagen.

Gleichfalls in Düsseldorf fand noch der VI. internationale Wohnungskongreß statt. Graf Posadovshy ließ auf diesem verkünden, daß er die Wohnungsfrage für die zur Zeit wichtigste Frage halte, er werde unter Umständen sogar zu gesetzgeberischen Eingriffen wie bezüglich des Erbbaurechtes und anderen Fragen schreiten. Als hauptsächlichste Ursachen für die Mietssteigerungen der letzten Jahrzehnte wurden erachtet die vermehrten öffentlich-rechtlichen Belastungen, weiter aber auch das gestiegene Einkommen der Bevölkerung, das die Hausbesitzer in ihre Tasche zu senken verständen. Die kleinen Wohnungen seien auch noch deshalb so gestiegen, weil die Mieter durch immer stärkeres Abvermieten auf ihre Kosten zu kommen mußten und so die Wirte weder auf ein absolutes Unvermögen noch auch auf genügend starken Widerstand stößen. Professor Fuchs aus Freiburg behauptete, die Annahme eines ehernen Wohnungsgesetzes sei nicht zu weitgehend, denn die Erfahrung lehre, daß bei steigenden Einkommen auch stets die Mieten eine Steigerung erfahren. Nicht minder sei für diese Herausforderungen die starke Verschuldungsmöglichkeit des Bodens bedeutungsvoll. In Berlin sei beispielsweise in den letzten 27 Jahren die Verschuldung um eine Million stärker gestiegen als der Wert der Gebäude. In Deutschland sei zudem das Bauunternehmertum zu wenig kapitalstark, jede Geldknappheit und Zinserhöhung zwingt die meisten Hausbesitzer, um Mietssteigerung vorzusprechen. Die Kommunalisierung des Kredites sei das letzte Mittel, eine solide Basis herbeizuführen. Als der Hebel größtes wurden aber von dem Kongresse die gestiegenen Bodennwerte bezeichnet. Der Vortrag nach einem Reichswohnungsamte, welches direkte Vorschläge zur Verwendung von Reichsgeldern zu diesem Zwecke zu machen berechtigt wäre, schloß sich noch die Anregung an, die Versicherungsanstalten dann zu provinzialen Baubanken auszubauen.

Die zweite Kammer in Hessen-Darmstadt nahm den Gesetzentwurf, betreffend die Wohnungsfürsorge für Kinderermittelte, dessen Geltungsbereich sich hinab bis auf Gemeinden von 5000 Einwohnern erstrecken soll, einstimmig an. Das Gesetz sieht die Schaffung einer Wohnungsinpektion, die nicht als Organ der Polizei-Aufsicht, sondern der Wohlfahrtspflege gedacht ist, sowie die Förderung der Erbauung von Wohnungen für Kinderermittelte vor. Wie von seiten der Regierung hervor gehoben wurde, soll es ein Versuch sein, die Schädigungen durch Alkohol, Tuberkulose usw. im Interesse des Volkswohles zu verhüten und so der Allgemeinheit zu dienen.

Die Baupolizeiverwaltung in Elberfeld stellt zwei Bautenkontrollen aus Arbeiterkreisen ein. Anfangsgehalt 1900, steigend bis auf 2600 Mk. Die Anstellung erfolgt zunächst probeweise, dann auf vierteljährliche Kündigung.

Der Zentralverband der Industriellen, dessen wir erst wieder in der vorigen Nummer unter Rundschau gedachten, hat dem Reichsamte des Innern auf das Ersuchen, ihm zwecks möglichst genauer Kenntnis der wirtschaftlichen Lage, wie der Produktions- und Absatzverhältnisse regelmäßige und möglichst ausführliche Mitteilungen zugehen zu lassen, eine runde Abgabe erteilt. Die Herren vom Schachmaderverbande betrachten diese Dinge als Geschäftsgeheimnisse, sie wollen ihrerseits nicht die Hand zur Aufklärung und Bekämpfung der Kräftegefahren bieten.

Der Arbeitgeber haftet für die Folgen veräußerter Klebepflicht. So hat kürzlich ein Gericht auf Grund des § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuches entschieden. Der angezogenen Klage lag folgender Sachverhalt zu Grunde: Ein Arbeitgeber hatte einer versicherten Person in nicht ausreichender Anzahl Warten geklebt, weshalb diese bei einem eingeleiteten Reitenverfahren wegen nicht erfüllter Wartzeit mit ihren Ansprüchen abgewiesen wurde. Die gegen den säumigen Arbeitgeber darauf angestregte Klage hatte günstigen Erfolg, derselbe wurde zur Zahlung einer fortlaufenden Rente verurteilt.

Ein Unternehmer in Düsseldorf hatte einem in Kündigung stehenden Arbeiter für die Zeit, in welcher derselbe auf die Suche nach neuer Arbeit ging (ein halber Tag) 2 Mk. abgezogen. Auf die Klage vor dem Gewerbegerichte mußte der erstere die 2 Mk. herausrichten, da § 629 des Bürgerlichen Gesetzbuches den Arbeitgeber verpflichtet, einem in Kündigung stehenden Arbeiter zur Auffindung neuer Arbeitsgelegenheit eine angemessene Zeit zur freien Verfügung zu stellen und nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches der zur Dienst-

leistung Verpflichtete des Anspruches auf Lohn nicht dadurch verlustig geht, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird. Der Kläger habe lediglich von seinem gesetzlichen Urlaubsrechte im Sinne des erstgenannten Paragraphen Gebrauch gemacht, da er sich nicht der Gefahr der Arbeitslosigkeit aussetzen wollte. Es bleibe bei dieser Entscheidung außer Betracht, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer die Kündigung ausgesprochen hat.

Eine höchst seltenere Gefälligkeit der Polizei den Unternehmern gegenüber bezug auf den Vorgang in Anklam, allwo die Arbeiter einer zwecks Gründung einer Zählstelle des Metallarbeiterverbandes einberufenen Versammlung beigezwungen hatten. Der Fabrikant wollte unbedingt die Versammlungsteilnehmer festgestellt wissen und als er hierbei mit Recht Schwierigkeiten auf Seiten der Arbeiter begegnete, meinte er siegesgewiß, daß die in der Versammlung Anwesenden ihm doch durch die Polizei mitgeteilt werden. Und so geschah es auch. Den in Betracht kommenden Arbeitern wurde bald darauf ein Revers zur Unterschrift vorgelegt, worin dieselben sich verpflichten sollten, keinem Verbandsmitglied beizutreten. Erläuternd fügte der Fabrikant noch hinzu, gegen die Beteiligung an einem sozialdemokratischen Wahlvereine habe er nichts, aber dem Metallarbeiterverbande dürften seine Leute auf keinen Fall angehören.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hat endlich — nach sieben Monaten — Antwort auf eine Eingabe erhalten, in welcher um Vornahme einiger Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit gebeten wurde. Das Kartell hatte, um die optimistischen Anschauungen der Regierung über den nicht außerordentlichen Poststand zu korrigieren, die Ergebnisse seiner Berliner Arbeitslosen-Zählung eingereicht und dabei gefordert, daß die Reichsregierung durch gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit, durch Gewährung freien Koalitionsrechtes (dabei war gegen den bekannten Erpressungslerah des preussischen Justizministers protestiert worden) und durch Zahlung von Beihilfen an die Gewerkschaften die Arbeitslosigkeit lindern sollte. Am 30. November 1901 wurde die Eingabe gemacht und am 14. März 1902 ergäugt; am 14. April 1902 war um Antwort erucht worden. Am 19. Juni 1902 endlich traf diese ein. Sie lautet also: „Reichsamte des Innern. Für die gefällige Mitteilung der auf die Arbeitslosen-Statistik bezüglichen Tabellen danke ich verbindlichst. Wegen des in der Eingabe vom 14. März erwähnten angeblichen Geheimnisses des königlichen preussischen Herrn Justizministers, dessen Epizentrum dieser übrigens in der Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 17. Februar d. J. ausdrücklich verneint hat, stelle ich anheim, etwaige Vorstellungen an den genannten Herrn Minister zu richten. Zur Gewährung von Geldbeihilfen an die Gewerkschaften stehen mir Mittel nicht zur Verfügung. Der Reichsfinanzler. Im Auftrage: Kloe.“ Merkwürdig ist, daß zu dieser fast abweisenden Antwort so lange Zeit gebraucht wurde.

Eine in Wien abgehaltene Versammlung von Handelsangestellten nahm eine Resolution an, in der erklärt wird, daß die organisierte Belegschaft vor keinem, event. auch nicht vor dem äußersten Mittel, dem Streik, zurückschrecken werde, um die Behörden vor vollständigen Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zu veranlassen. Nach der Versammlung versuchten die Teilnehmer einen Straßenunfug, wurden aber von einem starken Polizeiaufgebote zerstreut.

Der von der vorigen Regierung in Holland hinterlassene Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeits- und Ruhezeit wurde von der neuen Regierung eingezogen, nachdem er bereits in den Abteilungen geprüft und in einzelnen Punkten verbessert worden war. Aus der Antwort des Ministers des Innern auf eine Interpellation in der Kammer ist zu ersehen, daß die jegliche, sehr „christliche“ Regierung für Arbeiterrecht kein Verständnis besitzt. Auch die „christlichen“ Abgeordneten, die sonst nicht genug von Hebung des Familienlebens u. dergl. schönen Sachen zu reden wissen, verhielten sich teilnahmslos. Wo der Geldbeutel in Frage kommt, da sind „christliche“ und „un-christliche“ Unternehmer unter sich vollkommen einig.

Zu Rußland befinden sich die Regierungskreise in wahrhaft beängstigender Unkenntnis ihrer Aufgaben gegenüber den Unternehmern und Arbeitern. Erstere genießen einen so einseitigen Schutz, der selbst uns an vieles gewöhnte Deutsche frapieren muß, letztere werden mit allen Mitteln russischer Willkür und Brutalität behandelt. Die diesjährigen Fabrikunruhen haben den russischen Finanzminister nur vollends den Muth getrieben, seine immer neue Anweisungen zur Niederhaltung der Arbeiterschaft entfaltenden Geheimzirkulare schwirren fast täglich in das Land hinaus. In einem letzten an die Fabrikinspektoren gerichteten und als „ganz geheim“ bezeichneten Zirkulare wird gesagt, daß unmoralische Elemente und falsche Spöfel besitzen seien, auch in Rußland jene Kluft zu schaffen, die zwischen Fabrikanten und Arbeitern im Auslande bereits entstanden ist. Die Fabrikinspektoren müßten den Arbeitern die „ganze Ungefährlichkeit ihrer Unternehmungen“ sowie die „Ungefährlichkeit ihrer Forderungen“ bei jeder Gelegenheit vor Augen führen. Die zur Wiederherstellung von Auslandsbewegungen und Unruhen ergriffenen Maßregeln seien sofort höheren Ortes zu melden. In Rußland wird die soziale Frage also noch mit dem einfachen Mittel der Niedertreibung der Unzufriedenen gelöst, aber auch diese kapitalistische Methode wird in nicht zu langer Zeit verbraucht sein.

Einträge.

Die Moderne Kunst hat in ihrem Feste 21 wieder eine jener „Künstlernummern“ herausgegeben, die Anerkennung verdienen. Diesmal ist Professor Hugo Vogel an die Reihe gekommen, dessen Leben und Wirken von Jul. Norden unter Beigabe von vier großen Holzschnitten, darunter eins in Buntdruck und drei in trefflichen Holzschnitten, und einer großen Anzahl von Skizzen und Studien, zum Theile auch farbig, geschildert wird. Aus dem übrigen Inhalte des Festes seien hervorgehoben die novellistische Skizze eines vielversprechenden jungen Talentes „Schaumgold“ von Wolfgang Hammann, ferner illustrierte Berichte über das Freizeitleben in Hannover, die Wiesbadener Maifestspiele, die Kölner Blumenpiele usw. Preis des Festes 60 Pf.

Briefkasten.

Gr. in Stuttgart: In den von uns in Nr. 73 veröffentlichten Berichte über bejagte Verjämmlung war nichts enthalten, was Ihrer Polemik gegen den Betr. eine Unterlage böte. Wir halten es daher für richtig, wenn Sie Ihre Anstände erst einmal in einer Mitgliedschaftsverjämmlung erheben; erhält der Bericht dann nichts von Ihren Ausführungen, so steht Ihnen der Corr. zur Verfügung, natürlich aber nicht mit einem Schlussworte wie in dem eingekamten Artikel enthalten. — Sch. in Genthin: Wird dankend verworfen. Freundschaften Gruß! — K. in Frankfurt a. M.: In unserm Posteingangsbuche sind Sie zuletzt unterm 3. Juni mit einem Berichte eingetragen, der in Nr. 65 Aufnahme gefunden. — ck. in Waupen: Wir teilen Ihr Bedauern, mühten aber in letzter Minute wegen völlig veränderter Raumverhältnisse zu Streichungen schreiben. Name der Firma war sehr undeutlich geschrieben.

Berichtigung: In der Jubiläumsnotiz aus Waupen in Nr. 73 soll die betreffende Firma nicht Gebr. Marje, sondern Gebr. Monje heißen.

Verbandsnachrichten.

Bezirk Halle a. S. Der Vorstand setzt sich vom 1. Juli an wie folgt zusammen: Emil Hallupp, Beejenerstraße 19, I, Vorsitzender; Karl Tiefeld, Schriftführer; Chr. Döls, Dompfah 9, Kassierer; Ed. Fint, Theodor Grunewald, Wilh. Grübbach und Eward Klitz, Beisitzer; Edmund Bönike und Wilh. Mittel, Bibliothekar.

Bezirksverein Oldenburg. Sonntag den 6. Juli präzis 9 1/2 Uhr vormittags findet die Außerordentliche Bezirksversammlung in Oldenburg i. Gr. im Vereinslokale Markthalle statt.

Chemnitz. Den Austausch diesjähriger Johannisfest-Druckfachen besorgt Max Schubert, Grenzstraße 11, III.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigeliegte Adresse zu richten):

In Augsburg 1. der Seher Eward Fähler, geb. in Augsburg 1853, ausgel. das.; war noch nicht Mitglied; 2. der Drucker Georg Hill, geb. in Stuttgart 1877, ausgel. in Heilbronn a. M. 1895; war schon Mitglied. — In Verchesgaden der Seher Karl Amort, geb. in Wasserburg a. S. 1882, ausgel. in Bad Eibz 1900, war noch nicht Mitglied. — In Wiesbad der Seher Hans Ritzinger, geb. in Passau 1873, ausgel. das. 1890; war noch nicht Mitglied. — In Nürnberg 1. der Seher Karl Appel, geb. in Zürich 1874, ausgel. in Wassertrüdingen 1893; 2. der Gießer Franz Osterstag, geb. in Neuwiedendorf 1884, ausgel. in Nürnberg 1902; waren noch nicht Mitglieder. — Ludw. Zoeltzsch in München, Auenstraße 22, I.

In Bochum die Seher 1. Theodor Freimuth, geb. in Lahna 1879, ausgel. in Bochum 1896; 2. Fritz Glitz, geb. in Bochum 1881, ausgel. das. 1899; 3. der Maschinenseher Joh. Speier, geb. in Olabek 1883, ausgel. in

Buer 1900; waren noch nicht Mitglieder; 4. der Drucker Herm. Kellis, geb. in Königsberg 1866, ausgel. das. 1885; war schon Mitglied. — In Waane Max Richard Hüfig, geb. in Vordendorf 1883, ausgel. in Eppendorf 1902; war noch nicht Mitglied. — H. Dammeier in Bodum, Mauritiusstraße 16.

In Liegnitz der Seher Ernst Krause, geb. in Königsberg i. Pr. 1878, ausgel. das. 1897; war schon Mitglied. — P. Ritzsche, Dänemarkstraße 38, II.

In Linz a. D. der Schweizerdegen Josef v. Eiberg, geb. in Kremsmünster, ausgel. in Mühlheim 1900; war noch nicht Mitglied. — Josef Kirchberger in Linz a. D., Altstadt 4/I.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Zahlstelle Emden. Um falschen Auffassungen, vielleicht hervorgerufen durch die Annonce des Hotelbesizers N. Jens in Nr. 71 des Corr., vorzubeugen, sei hiermit bekannt gegeben, daß die Zahlung der Reise-Unterstützung nach wie vor in der Herberge zur Heimat erfolgt und es im Interesse der reisenden Kollegen selbst liegen dürfte, wenn sie in dieser Herberge, welche allen Gewerkschaftlern stets offen steht und von diesen gut frequentiert wird, auch Logis nehmen.

Buchdrucker- und Schriftgießerverein Oberösterreich.

Winz. Der Seher Johann Huber, geb. in Schärding, hat in Weuthen (Oberösterreich) sein Mitgliedsbuch Nr. 399 (Mutterverein Oberösterreich) verloren. Demselben wurde ein neues Buch ausgefüllt und das erste als ungültig erklärt.

Schweizerischer Typographenbund.

(Warnung!) Der Nichtverbändler Ettore Cattaneo aus Mailand versucht mittels eines gefälschten Quittungsbuches zu viatizieren.

Ein tüchtiger

Stereotypen

der auch in der Galvanoplastik verwendet ist, wird sofort gesucht.
A. Humrich & Co., Schriftgießerei
Leipzig-Neudöb. [144]

Junger, solider

Zeitungsleser

sucht zu Anfang September resp. Oktober tarifmäßige Kondition, am liebsten im Nordwesten. Werte Offerten unter S. 111 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Junger Seher

sucht tarifmäßige Kondition. Werte Offerten erb. an Adh. Murrer, Bildeshelm. [150]

Achtung! Achtung!
Stereotypen u. Galvanoplastiker.

Bei Konditionsaufnahme nach Berlin sind vorher Erkundigungen einzuziehen in Arbeitsnachweise, Prinz-Albrechtsstraße 3, Restaurant Schutz, oder beim Vorsitzenden Ch. Weyland, Kolonialstraße 37, I. [140]

Dresden Buchdruck- u. Masch.-Verein Dresden

Sonntag den 6. Juli, vormittags 11 Uhr: Monatsversammlung im Vereinslokale, Al. Brüdergasse 19, part. Tagesordnung: 1. Vortrag über das neue mechanische Zurechtverfahren, gehalten vom Kollegen Max Weiss aus Leipzig; 2. Beschlusfassung über die Hauptpartie nach Zeitschen am 27. Juli. NB. Da diese Versammlung die letzte vor der Partie ist, ist das Erscheinen aller Kollegen notwendig. Der Vorstand. [148]

Halle a. S.

Sonntag den 6. Juli, vormittags: Besichtigung des Zoologischen Gartens. Eintrittskarten (Erwachsene 20 Pf., Kinder 10 Pf.) sind von den Druckereifachlerern zu erhalten. Der Eintritt in den Garten geschieht von früh 7 Uhr an und muß bis mittags 12 Uhr bewirkt sein; nach dieser Zeit sind die Karten ungültig. Der Aufenthalt im Garten nach Belieben. Auf der „Waldschänke“ daselbst von 1/2 12 bis 1/2 1 Uhr: Konzert des Buchdr.-Orchestervereins. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand. [149]

Halle a. S. Graphische Vereinigung.

Dienstag den 1. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Sitzung im Engl. Hof. [141]

Nordhausen a. H. Mittwochs Versammlung.

am 2. Juli [145]

Correspondent-Mappen

(1. Artikel in Nr. 38 des Corr.) sehr zu empfehlen für jede und Vereinszimmer für Galle und Logierhäuser der Buchdrucker. Für 3,35 Mk. von der Geschäftsstelle des Corr., Leipzig, Salomonstraße 8, zu beziehen.

Maschinensetzer-Verein Berlin.

Sonntag den 6. Juli, vormittags 10 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Jahresbericht; 3. Jahresabrechnung; 4. Statutenänderungen; 5. Vorstandswahlen; 6. Verschiedenes. Um zahlreichen und pünktlichen Besuch bittet Der Vorstand.

Sonntag den 13. Juli, nachmittags 2 Uhr, in Wannsee, Restaurant Fürstehof, Königstraße 40: Zweites Stiftungsfest.

Für Herren: Preis-Regelschießen. Für Damen: Preis-Quadranten. Für Kinder: Besichtigungen aller Art. — Gemeinsame Abfahrt vom Wannsee-Bahnhofe 1 Uhr mittags. Außerdem aller 10 Minuten Züge nach Wannsee. — Kaffeeküche von 3 Uhr an geöffnet. Die Vergnügungskommission. [142]

LEIPZIG.

Freitag den 4. Juli, abends 1/2 8 Uhr, im Theatersaale des Kristallpalastes: Verbandsmitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung über die vierte (Ordentliche) Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Referent: Kollege Engelbrecht; 2. Berichterstattung über den vierten deutschen Gewerkschaftstongreß. Referent: Kollege Rexhäuser.

Einem zahlreichen Besuche sehen entgegen Die Vertrauensleute: Karl Engelbrecht, Wilhelm Ritzsche.

Frankfurt a. Main.

Freitag den 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses eine

Mitgliederversammlung

mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäftliche Mitteilungen; 2. Berichterstattung der Delegierten über die Münchener Generalversammlung; 3. Mahregelung eines Kollegen betreffend; 4. Stellungnahme resp. Beschlußfassung zur Gewerkschafts-Bibliothek; 5. Verschiedenes. — Indem wir alle Mitglieder des Bezirks hierzu freundschaftlich einladen, sehen wir einer möglichst regen Beteiligung entgegen. Der Bezirksvorstand. [146]

Zum Johannisfeste empfehle:

Kravatten-Adeln in 4 Mustern; Brosche mit Gutenberg-Porträt (letzte Neuheit); farbige Brustbänder; farbige Fest- u. Vereinsabzeichen in 12 verschied. Mustern; Buchdruckerband (farbig); Bierkrüge in Eisenblechfarbe; Porzellan-Gegenstände mit Buchdruckerwappen als: Schreibzettel, Briefbeschwerer, Preisfenster; Buchdruckerarten mit Gutenberg u. humorist. Buchdruckerpostkarten; Spezialkalender in Buchdruckerfarben mit Spruch: „Gott grüß die Kunst.“ Man verlange diesbezügliche Prospekte.

Hermann Sachse, Halle a. Saale, Ludwig Wuchererstraße 28. Bitte genau wie oben zu adressieren! [916] Vertreter für Berlin und Umgegend: Franz Seil, Rieders, Hermannstr. 55.

Technik der bunten Accidenz. Rich. Härtel in Leipzig-N. — 3,50 Mk. Ueber Seksmaschinen. Rich. Härtel in Leipzig-N. — 1,80 Mk.

Die valante Faktorstelle

ist besetzt. Flensburger Nachrichten L. P. S. Naack, Flensburg. „A verleitete“ Aieler Deliriums-Radeten, Vergern nicht, sind ja nur Sittensitten! Marius. [143]

Graphischer Anzeiger Halle a. S. Zusendung gratis-franco. Erhalt stets Neuesten Farben Waagen u. Technischen Artikeln Fachliteratur

Unentbehrlich! Unentbehrlich!

Anhang zum Tarife von Konrad Eichler, Leipzig, Salomonstr. 8. Preis pro Exemplar 10 Pf.

Von den Verbandsfunktionären oder vom Herausgeber direkt zu beziehen. An Porto wolle man den Bestellungen außerdem noch bis zu 6 Stk. 3 Pf., 7 bis 12 St. 5 Pf., 13 bis 30 St. 10 Pf. beilegen.

Am 27. Juni verstarb nach kurzer Krankheit unser wertos Mitglied, der Stereotypen Hermann Otte.

im 40. Lebensjahre. [148] Möge ihm die Erde leicht sein! Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.

Richard Härtel, Leipzig-N.

Buchhandlung und Antiquariat liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franco. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.

Praktischer Leitfaden für Buntdruck. Ein wirkliches Lehrbuch für den Farbendruck u. die Farbmischung im Buchdrucke. Nach jahrelanger praktischer Erfahrung und Berichten bearbeitet u. herausgegeben von F. Müller u. M. Dethlefs. 8,50 Mk. franco. Gaud-Verlag der graphischen Kunst. 10 Mk. Geb. 12 Mk.

Orthogr. Wörterbuch der deutschen Sprache von Dr. Konrad Buben. 1,65 Mk. Hilfsbuch für Maschinenmeister. I. Leitfaden für das Studium der Schweißpressen-Konstruktion. 4 Mk., geb. 5,25 Mk. II. Leitfaden für das Formmaschinen, Zurechtsetzen, Drucken usw. 2 Mk., geb. 3 Mk.

Der englische Verfall. Von Sellwig 30 Pf. Der französische Verfall. 30 Pf. Der Satz des Italieners. Von Reinecke. Mit besonderer Berücksichtigung der Aussprache. 30 Pf.

Anleitung zum Accidenzdruck von Fischer. Zweite Auflage. 8 Mk. Geb. 10 Mk. Im V. D. B. (Mk.). Wir halten fest und treu zusammen! 25 Stk. 1 Mk. Einzelst. 10 Pf.

IV. Generalversammlung

des Verbandes der Deutschen Buchdrucker
in München am 28. Juni 1902. und folgende Tage.

Sechster Verhandlungstag

Sonnabend, den 28. Juni.

Zu dem Punkte Tarifangelegenheiten erhielt zu Beginn des letzten Verhandlungstages das Schlusswort Schliebs: Redner beschränkte sich auf Wichtigstellung einiger Ausprägungen, welche verschiedene Delegierte in gestriger Sitzung in Bezug auf die Verhältnisse in Rheinland-Westfalen getan hatten. Schliebs wiederholte, daß der allgemeine Tarif auch in Rheinland-Westfalen Gültigkeit habe, mithin von einem Sondertarife nicht die Rede sein könne. Zu seinen weiteren Ausführungen wies Redner die Anschuldigungen aus Rheinland-Westfalen gegen das Tarifamt wie auch gegen die Funktionäre des Verbandes als unberechtigt zurück, weil sie nicht den Tatsachen entsprächen.

Döblin erklärte darauf, da ein Antrag in dieser Angelegenheit nicht vorliege, lasse er die Diskussion dahin zusammenfassen, daß die Delegierten die Ueberzeugung gewonnen hätten von der Unrichtigkeit der Angriffe gegen die Beihilfenmitglieder des Tarif-Ausschusses.

Nach einigen weiteren tatsächlichen und persönlichen Bemerkungen und Beantwortung einiger gestellter Anfragen durch den Vorsitzenden wurde der Gegenstand verlassen.

Zu dem V. Punkte der Tagesordnung: Besprechung über die Beschlüsse des Internationalen Buchdrucker-Kongresses in Luzern nahm das Wort

Döblin, welcher über die Verhandlungen des Kongresses referierte und sich im speziellen über die sogenannte Widerstandskasse ausließ, die durch Einspruch mehrerer Vertreter nicht zu Stande kam, weil man sie nicht für praktisch hielt. Es bleibe bei dem bisherigen Modus, daß eine gegenseitige Unterstützung Platz greife, wenn Kollegen in den einzelnen europäischen Ländern gezwungen werden, die Arbeit einzustellen. Auch das Sekretariat, welches in Bern seinen Sitz hat, wurde dabei vom Redner insofern gestreift, als er es nicht als ein speziell schweizerisches bezeichnete, sondern als ein Sekretariat sämtlicher beteiligter Verbände.

Eichler bemerkte, die Faltung einer Reihe kleinerer Verbände und das Hindrängen dieser zu der Widerstandskasse sei bedauerlich, daß es sich empfehle, die größte Vorsicht walten zu lassen. Unter anderem teilte Redner die nichts weniger als kollegiale Handlungsweise des elsäß-lothringischen Verbandes gegenüber dem Correspondenten mit; indem er einige Notizen aus dem gedruckten Protokolle des genannten Verbandes verlas.

Döblin äußerte für den Hauptvorstand ebenfalls das Empfinden, daß es in Elsäß-Lothringen nicht so sei, wie es sein sollte. Redner wies auf die eigenmächtige Stellungnahme des genannten Verbandes im Jahre 1896 hin, es wäre doch richtiger, wenn man mehr mit dem großen deutschen Verbande in Fühlung bleibe. Dagegen werde fortgesetzt sowohl in tariflicher wie auch in gewerkschaftlicher Beziehung an dem deutschen Verbande herumnäher, was Döblin durch Befestigung einiger Beispielsätze bestätigte. Der Vorstand halte es für geboten, die Generalversammlung darüber in Kenntnis zu setzen, weilt es nicht fern liege, irgendwelche Animosität gegen den elsäß-lothringischen Verband zu hegen.

Wie Eichler trat dafür ein, daß die bisherige ablehnende Haltung gegen die Widerstandskasse nicht aufgegeben werde. Klapproth widmete ebenfalls dem elsäß-lothringischen Verbande einige Worte.

Der internationale Sekretär Staudner gab hierauf einige Ausführungen über die Funktionen dieses Amtes und verbreitete sich ebenfalls über den elsäß-lothringischen Verband, indem er betonte, daß es nicht ausgeschlossen wäre, daß sich der dortige Verband über kurz oder lang doch einmal dem deutschen Verbande anschließen werde. Ferner sprach Staudner noch über die Aufgaben der internationalen Buchdrucker-Vereinigung und schloß mit einem Dank an den Vorstand für die ergangene Einladung zur diesjährigen Generalversammlung.

Feuerstein führte, ferner aus, die leitenden Gesichtspunkte, die Döblin vorgebracht habe in Bezug auf die internationale Widerstandskasse, seien auch die seinigen; so lange die übrigen Verbände nicht besser befestigt seien in ihrem Innern, solle man von Errichtung einer Widerstandskasse Abstand nehmen. Die Animosität in Elsäß-Lothringen gegen den Verband dürfe teilweise durch die Schreibweise des Corr. hervorgerufen worden sein. Was den eventuellen Anschluß anbelange, so wünschte Redner, daß unwichtige Bestimmungen seien gestrichelt werden; im übrigen solle man es der Zukunft überlassen, ob die dortigen Kollegen sich anschließen wollen.

Döblin bemerkte noch gegenüber Feuerstein, daß dem Zentralvorstande fernliege, Zwistigkeiten mit dem elsäß-lothringischen Verbande hervorzurufen.

Reyhäuser: Wenn Feuerstein sage, daß man die Elsäß-Lothringer nicht vor den Kopf stoßen solle, so möge er sich ins Gedächtnis rufen, wie man 1896 in Elsäß-Lothringen sich ungebührlichermaßen in unsere inneren Verhältnisse eingemischt und Animosität gegen den deutschen Verband erzeugt habe. Auf der Straßburger Delegiertenversammlung habe, wie aus den Ausführungen Eichlers hervorgehe, man ebenfalls Stimmung gegen uns gemacht, und es sind fast immer dieselben Leute, die seit Jahren absichtlich die Aufrechterhaltung der internationalen Beziehungen gefährden. Wir müßten nicht immer und immer wieder Rücksicht üben, sondern uns auch einmal das Rückgrat etwas steifen, dann wird man es schon unterlassen, uns vor den Kopf zu stoßen.

Madernach, als nächster Nachbar dieses Verbandes, bemerkte, daß nur in größeren Städten in Elsäß-Lothringen der Tarif bezahlt werde, in den kleineren Druckerorten sei es noch traurig bestellt.

Klapproth bat nochmals den Vorstand, mit dem Vorstande in Straßburg wegen eventuellen Anschlusses an den Verband in Verhandlung zu treten.

Friedrich brachte ebenfalls einige drastische Fälle auf dem Tarifgebiete vor, die sich in Elsäß-Lothringen ereignet haben. Der deutsche Tarif sei für die kleineren Orte in Deutschland besser als wie derjenige von Elsäß-Lothringen.

Massini erklärte, wir haben nur das Verhalten der elsäß-lothringischen Kollegen verurteilt, weil dieselben kurz vor unseren Tarifberatungen in einen Lohnkampf traten, ohne sich vorher mit uns zu verständigen. Wegen des eventuellen Anschlusses war Redner der Ansicht, daß man keine Schritte unternehmen sollte, die ausfallen, als wollte man einen Druck auf die elsäß-lothringischen Kollegen wegen des Anschlusses ausüben.

Heismann brachte sodann zur Sprache, daß in Dänemark die Unterstützung nur 91 Tage auf der Reise dauere; die reisenden Kollegen werden dann alle nach Deutschland abgeschoben. — Wegen eventuellen Anschlusses des elsäß-lothringischen Verbandes gab Redner Aufschluß hinsichtlich der Auflösung im Jahre 1873, die durch das Eingreifen der Reichsbehörde anlässlich der Ausprägung erfolgte. Da jetzt der elsäß-lothringische Verband zur Generalkommission zugelassen sei und zwar auf Grundvorstellung uners Zentralvorstandes, so liege kein Grund vor, das weitere Verhalten zu rechtfertigen.

Staudner teilte hierauf mit, daß er dieses Frühjahr der Generalversammlung in Elsäß-Lothringen beigezogen habe und könne er nur konstatieren, daß sämtliche vorgeschlagenen Statutenänderungen auf die Verhältnisse des deutschen Verbandes zugeschnitten gewesen seien.

Hierauf trat Schliebs zur Debatte ein.

Döblin stellte dann fest, daß die Delegierten die Stellungnahme des Zentralvorstandes gegenüber dem internationalen Sekretariat teilen. Im übrigen wolle er noch bemerken, daß noch niemals anderen Verbänden Hilfe versagt sei, wenn man darum angegangen wäre.

Punkt VI der Tagesordnung ist bei der Besprechung über den Corr. bereits mit erledigt.

Beim Punkte VII der Tagesordnung: Festsetzung der Mitgliederbeiträge wurde die Beibehaltung des bisherigen Beitrages von 1,10 Mk. pro Woche beschlossen, weil alle Anträge auf Erhöhung der einzelnen Unterstützungen Ablehnung fanden.

Der Antrag von Gemnitz und Dresden:

„Mitglieder, welche in zwei hintereinander folgenden Wochen je drei Arbeitstage beschäftigt waren, haben einen Beitrag zu entrichten“

rief noch eine kleine Debatte hervor, an welcher sich Knie, Steinbrück und Faber beteiligten.

Der Antrag wurde angenommen.

Der weitere Antrag des Verbandsvorstandes:

„Diejenigen, welche gezwungen oder freiwillig aussetzen und die freie Zeit zu einer Vergnügungsfahrt benutzen, haben den Beitrag zu zahlen, dagegen sind die am Orte verbleibenden freiwillig aussetzenden Mitglieder, welche auf Ortsunterstützung verzichten, vom Wochenbeitrage befreit“

erhielt ebenfalls die Mehrheit der Anwesenden.

Der Antrag von Essen:

„Mitgliedern, welche 50 Jahre Buchdrucker sind und 25 Jahre dem Verbande angehören, sind die Beiträge zu erlassen“

wurde von Schorek begründet, aber, weil er die Kasse belastete, abgelehnt.

Die Punkte VIII und IX: Wahl des Redakteurs und der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder wurden gemeinsam verhandelt und daran anschließend die Geschäftsfrage (Punkt X) mit erledigt.

Ueber den Antrag: Einsetzung einer Preßkommission, ging die Generalversammlung zur Tagesordnung über. Als Redakteur wurde sodann Kollege Reyhäuser einstimmig wieder gewählt.

Reyhäuser dankte darauf für das dargebrachte Vertrauen und gab die Versicherung, daß er auch ferner bestrebt sein werde, die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten und so viel wie möglich Objektivität in allen an ihn herangetragenen Fragen walten zu lassen.

Heismann machte hierauf den Vorschlag, auch unsere Vorstandsmitglieder möglichst einstimmig wieder zu wählen.

Nach viertelstündiger Debatte über die Normierung der Gehälter der einzelnen Verbandsfunktionäre, wurden diese wie folgt festgesetzt: Reyhäusers Gehalt wird mit 3000 Mk. pro Jahr normiert, Döblins Gehalt in gleicher Höhe. Beyer und Eisler bekommen je 2900 Mk. pro Jahr. Die Gehaltserhöhung soll vom 1. Januar 1902 in Kraft treten, ähnlich wie die Erhöhung des Tarifes stattgefunden hat. Dem Vorsitzenden Döblin wurden außerdem noch 200 Mk. Repräsentationskosten bewilligt und den Beisitzern im Vorstande, wie seither, je 75 Mk. pro Jahr.

Beim XI. Punkte der Tagesordnung: Bestimmung für den Ort der nächsten Generalversammlung wurde auf Empfehlung von Wendische Dresden vorgeschlagen, von Beder Dortmund, von Krumler Frankfurt a. M. und von Michaeis Magdeburg. Dem Antrage von Kölln soll auf Vorschlag von Schorek in drei Jahren näher getreten werden. — Dresden wurde darauf mit großer Mehrheit als nächster Generalversammlungsort gewählt.

Nachdem fand die Feststellung des Wahlergebnisses der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder statt. Abgegeben wurden 104 Stimmzettel; davon erhielten als Vorpräsidenten Döblin 100, 4 weiß; als Kassierer: Eisler 100, 4 weiß; als Hauptverwalter Beyer 103, 1 weiß.

Der XII. und letzte Punkt der Tagesordnung lautete: Beschlusfassung über weitere Anträge und Beschwerden. Die Beschwerden, für welche die Berichtserstattung Rosenbruch zunächst übertragen war, kamen zur Erledigung.

1. Sechs Düsseldorf Kollegen petitionieren um Rückertattung der bei dem Konkurse ihrer Druckerei verlorene gegangenen 3227 Mk. Einlage mit der Motivierung, daß der Verband an Arbeitslosen-Unterstützung vielleicht den gleichen Betrag hätte an die betreffenden Mitglieder bezahlen müssen. Die Kommission beantragte einstimmig Ablehnung des Gesuches schon der Konsequenzen wegen.

Grasemann trat gewissermaßen aus Mitleid für die Forderung der Geschädigten ein.

Klapproth erklärte sich gegen Bewilligung der Forderung, weil der Verband bereits genug für die Druckerei in Essen, Dortmund und Wiesfeld getan habe.

Der Kommissionsantrag wurde sodann mit großer Mehrheit angenommen.

2. Als weiterer Berichtserstatter brachte Demuth darauf die Beschwerde des Maschinenmeisters Winne in Flensburg wegen unberechtigten Anschlusses vor. Die Kommission beantragte die Wiederaufnahme, weil die Strafe des Anschlusses zu hart und Winne schon 23 Jahre Mitglied war. Jedoch müsse Winne die zu Unrecht erhaltene Unterstützung von 140 Mk. an den Gau Schleswig-Holstein zurück-erstaten.

Heismann erklärte, daß Winne mehrmals den Gauvorstand hintergangen habe. Es blieb kein anderer Ausweg nach dem Statut, als ihn auszuschließen. Wenn jedoch die Generalversammlung dem Antrage der Beschwerdekommision entsprechen wolle, so habe der Vorstand in Flensburg nichts dagegen.

Der Kommissionsantrag wurde dann auch angenommen.

Berichtserstatter Hiltenbrand: Zu dem Kosten des Kongresses der Stereotypen, welcher dieses Jahr in Hamburg abgehalten, werde die Generalversammlung um eine Beihilfe von 500 Mk. ersucht. Die Beschwerdekommision beantragte, das Gesicht der Stereotypen dem Zentralvorstande zur Berücksichtigung zu überweisen.

Döblin gab hierauf die Erklärung: Der Zentralvorstand sei deshalb gegen die Beihilfe gewesen, weil er die Zusammenkunft der Stereotypen und Galvanoplastiker in Hamburg für zwecklos gehalten habe. Wenn die Generalversammlung nachträglich die Beihilfe bewillige, so habe er nichts dagegen.

Troschke verteidigte die unternommenen Schritte der Stereotypen und trat für die Forderung ein.

Steinbrück und Knie erklärten sich gegen die Forderung.

Giesecke konnte keine Notwendigkeit einsehen, dem Gesuche stattzugeben.

Linke plaidierte für Beihilfe.

Dreaz stellte danach eine Behauptung Troschkes richtig.

Massini empfahl, die Forderung gleich zu bewilligen und sie nicht dem Vorstande zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der Antrag der Beschwerdekommision wurde sodann angenommen.

Berichtserstatter Hiltenbrand brachte hiernach das Ersuchen des Kollegen Ritterth-Magdeburg, die Generalversammlung möge die Kosten in einem Prozesse, den er gegen seinen Prinzipal zu führen gezwungen war, im Betrage von 60 Mk. ersehen, vor.

Das Gesuch wurde von der Kommission befürwortet.

Chemnitz gab über die Angelegenheit noch näheren Aufschluß und trat für die Forderung ein.
Döbblin erklärte sich namens des Zentralvorstandes gegen die Bewilligung, weil der betreffende Kollege aus persönlicher Gehässigkeit einen Prinzipal angegriffen, was mit den Bestimmungen über den Rechtsschutz nichts zu tun habe.

Reyhäuser bemerkte: In letzter Zeit trete vielfach die Erscheinung zu Tage, daß sogar von Ortsvorstehenden Kritik eingehend werden, deren Inhalt nachher nicht aufrecht erhalten werden könne. Redner belegte dies durch Vorführung mehrerer drastischer Beispiele, erklärte sich für Ablehnung der Forderung und trat im großen und ganzen den Ausführungen Döbblins bei.

Hilfenbrand empfahl hierauf als Referent der Kommission nochmals die Bewilligung des Rechtsschutzes an Ritteroth, weil dieselbe in diesem Falle berechtigt sei.
Nach weiteren Bemerkungen von Gehrt, Böschke, Siebert wurde der Antrag der Beschwerde-Kommission dann angenommen.

Es wurde jedoch beschlossen, daß für Prozesse, die aus persönlicher Animosität entstehen, also gewissermaßen als Injurien zu betrachten seien, kein Rechtsschutz gewährt werde.

5. Hilfenbrand beantragte Johann Dobberstabis Besuch in Genar i. W. um Gewährung eines Zeitvertrages zu den Umzugskosten durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen, da es nicht gerechtfertigt sei.

6. Betreffs des Besuches des Kollegen Jul. Göbe-Verlin, die Generalversammlung möge ihm, weil er in der Krankenkasse ausgehört, aber zur Invaliden-Unterstützung noch nicht bezugsberechtigt sei, eine außerordentliche Unterstützung gewähren, beantragte Hilfenbrand namens der Kommission das Gesuch dem Zentralvorstande zur Berücksichtigung zu überweisen.
Der Antrag wurde angenommen.

7. Hilfenbrand brachte Johann folgende Beschwerde vor: In der Druckerei „Wadenia“ in Karlsruhe sind zwei Maschinenmeister angeblich gemißbraucht. Der Zentralvorstand lehnte die Unterstützung ab, weil nicht berechtigt. Die Betroffenen bitten nun die Generalversammlung, diese Unterstützung nachträglich zu bewilligen.
Die Kommission ihrerseits beantragte aber die Maßnahmen des Zentralvorstandes für korrekt zu erklären und die Maßregelungs-Unterstützung abzulehnen.

Büfede trat für die Bewilligung ein.
Kirstjen wandte sich dagegen.

Der Antrag der Beschwerde-Kommission wurde schließlich angenommen.

8. Hilfenbrand brachte danach das Gesuch des Kollegen Hellenbach in Frankfurt a. M. zur Kenntnis, welcher Nachzahlung von Krankenunterstützungsgeldern wünscht. Die Beschwerdekommision beantragte jedoch über diese Angelegenheit zur Tagesordnung überzugehen und wurde demgemäß auch beschlossen.

9. Hilfenbrand machte im weitem von einem Gesuche des Kollegen Buchholz in Berlin Mitteilung, welcher wieder in den Verband aufgenommen werden will unter Nachzahlung sämtlicher Beiträge und Einsetzung in seine alten Rechte. Buchholz hat 20 Jahre lang dem Verbandsgebiete. Aus allen einschlägigen Verhältnissen heraus kam die Mehrheit in der Kommission zu dem Antrage, den betreffenden Kollegen wieder in den Verband aufzunehmen.
Kirstjen erklärte sich nicht für die Aufnahme, aber in Hinsicht auf die Wirkung müsse er sich der Stimme enthalten.

Eißler erklärte sich gegen die Wiederaufnahme.
Der Antrag der Beschwerdekommision wurde sodann angenommen.

10. Hilfenbrand teilte weiter mit, daß die Anträge von Effen und Eberfeld auf Ersetzung von ca. 3500 Mk. bzw. 325 Mk. verloren gegangener Verbandsbeiträge (durch Konkurs und Einbruch) der Kommission auch vorgelegen hätten, diese aber hierüber keinen Beschluß gefaßt habe, sondern es der Generalversammlung überlasse, ob dieselbe das Geld niederzuschlagen wolle.

Graßmann trat für den Eberfelder Fall ein und Schumann für Uebernahme beider Beträge auf die Verbandskasse.

Bettenworth empfahl ebenfalls die Uebernahme des Betrages von 3500 Mk. auf die Verbandskasse.

Eißler machte darauf aufmerksam, daß schon in früheren Jahren ca. 30000 Mk. Verbandsgehälter von Rheinland-Westfalen niederschlagen worden seien, deshalb könne der Gau wohl diesmal den geringern Betrag aus eigenen Mitteln decken.

Schöred trat auch noch für den Effenen Antrag ein. Die Abstimmung ergab dann die Ablehnung des Antrages Effen, derjenige von Eberfeld wurde dagegen angenommen.

11. Aus Bonn lag ein ähnlicher Antrag wie aus Effen vor. Hier handelte es sich um die Unterschlagung von 600 Mk. Vereinsgehältern durch den Bezirkskassierer.

Hilfenbrand beantragte hierzu namens der Kommission Ablehnung.

Badus trat für Bewilligung ein.
Der Betrag wurde laut Beschluß schließlich auf die Verbandskasse übernommen.

12. Hilfenbrand bemerkte darauf, daß nach Annahme des Antrages Bonn unmöglich der Fall Heidelberg abgelehnt werden könne, da es sich hier ebenfalls um Deckung von etwa 150 Mk. Verbandsgehältern handle, die dem dortigen Bezirkskassierer gestohlen worden sind. — Der Antrag von Heidelberg wurde ebenfalls angenommen.

Weitere Anträge betrafen die Pensionierung der Verwaltungsbearbeiter.

Reyhäuser machte darauf aufmerksam, daß die Angelegenheit bereits in Stuttgart auf dem Gewerkschaftsfongresse verhandelt worden. Der Gewerkschaftsfongress habe sich dahin ausgesprochen, daß es eine moralische Pflicht der einzelnen Gewerkschaften sei, ihren Beamten bei Invalidität eine angemessene Pension zu gewähren. Diese Pflicht sei bereits auf der Breslauer Generalversammlung durch Pensionierung des Kollegen Härtel anerkannt.

Giesecke wandte sich gegen die Ausführungen Reyhäusers. Man solle unsere Beamten anständig honorieren, aber sonst seien dieselben mit den übrigen Mitgliedern gleichzustellen.

Feuerstein bemerkte gegenüber Giesecke, daß er anderer Ansicht sei; Redner stellte sich auf den Standpunkt Reyhäusers und stützte sich auf die Beschlüsse des Gewerkschaftsfongresses, daß man für unsere Beamten bei Arbeitsunfähigkeit auf die eine oder andere Weise sorgen müsse.

Bogenitz äußerte sich in ähnlichem Sinne wie Giesecke. Döbblin meinte, daß durch den Beschluß auf dem Gewerkschaftsfongresse die Frage vorerst gelöst wäre. Redner war aber der Ansicht, daß man in drei Jahren, wenn in dieser Beziehung mehr Erfahrungen gesammelt seien, der Generalversammlung weitere Vorschläge machen sollte. Der Ansicht Döbblins wurde beipflichtet.

Der Antrag aus Magdeburg:
Die Generalversammlung wolle den Verbandsvorstand veranlassen, daß derselbe einen Ratgeber, enthaltend alles Wissenswerte für Verbandsfunktionäre, herausgäbe.

fand durch die Erklärung Döbblins, daß der Vorstand sich bereits mit der Materie beschäftigt, seine Erledigung.

Anträge auf Herausgabe eines Adressenverzeichnisses lagen vor von Forst, Eberfeld, Augsburg, Stettin und Magdeburg.

Döbblin bemerkte, daß es dem Verbandsungeheure Kosten verursachen würde, wenn man z. B. den Magdeburger Antrag annehme.

Sämtliche Anträge wurden darauf, weil zwecklos, durch Uebergang zur Tagesordnung beseitigt.

Anträge von Dresden und Chemnitz betrafen Vorschläge zum weitem Ausbau von Statistiken. Durch Erklärungen Döbblins und Schliebs wurden die Anträge aber für erledigt betrachtet.

Zu dem Antrage von Stettin, eine fortlaufende Statistik über die durch Einführung der Sebmäshinen brotlos gewordenen Handwerker zu veranlassen erklärte Döbblin, daß dies nicht möglich sei festzustellen, weil es schwer halte, hierzu die richtigen Unterlagen zu erhalten.

Bezüglich des Antrages Berlin:
Die Generalversammlung wolle in Erwägung ziehen, inwieweit Mittel und Wege zu suchen sind, die es ermöglichen, den für die Gehilfen selbst bedeutungsvollen Teil der tariflichen Institutionen, den Tarif-Ausschuß durch Angliederung eines Maschinensetzers (am Sitze des Zentralvorstandes) derart zu gestalten, daß den durch die technische Entwicklung im Gewerbe vollständig veränderten Verhältnissen Rechnung getragen wird.

erklärte die Generalversammlung hierin der Allgemeinheit keine Vorschriften machen zu können, da diese die betreffenden Vertreter wähle. Wo tüchtige Maschinensetzer vorhanden, lasse sich ja immerhin ein solcher bei Neuwahl der Gehilfenvertreter in Vorschlag bringen.

Massini plaidierte dann dafür, daß keine Gauvorsteher oder sonst angestellte Beamte eines Gaus, die ja so wie so mit den inneren Angelegenheiten genug zu tun haben, mehr in den Tarif-Ausschuß gewählt werden sollen. Der Gegenstand wurde aber verlassen.

Im weitem sprach Massini noch über die Berliner Resolution:

„Die Generalversammlung wolle beschließen, daß die in der Fabrik an der Sebmäshine lernenden Verbandsmitglieder für die Dauer ihrer Lehrzeit keine Unterstützung erhalten können, da sie nicht eigentlich konditionslos sind; sie sind aber auch während dieser Zeit von Beiträgen befreit, da sie keine Vergütung für ihre Arbeit erhalten. Ausgeschlossen von der Beitragsbefreiung sind diejenigen Kollegen, die von einer Druckerei zum Lernen in die Fabrik geschickt werden und ihren Lohn fortbezahlen. In jedem Falle hat unter Darlegung der Verhältnisse schriftliche oder mündliche An- und Abmeldung beim Gauvorstande zu erfolgen.“

Döbblin gab darüber Aufschluß. — Weiter sprach er von der Resolution: Dethleff, welcher die Annahme derselben empfahl, Giesecke, der sich gegen die Ausführungen Dethleffs wandte und Reyhäuser.

Nachdem trat Schluß der Debatte ein.

Der Vorstand erteilt die Ermächtigung, in besonderen Fällen das Nötige hinsichtlich der Maschinensetzer zu veranlassen.

Nach einer Bemerkung Döbblins wurden die Anträge unter Punkt IV der Tagesordnung von Eberfeld, Bonn, Bochum, Berlin und Magdeburg für gegenstandslos erklärt.

Gegen die Anträge von Gotha und Koburg, die Kosten für die Delegationen in den einzelnen Kreisen bzw. Gauen zu den Verhandlungen vor dem Tarif-Ausschuße hinsichtlich der Votalschlüsse auf die Verbandskasse zu

übernehmen, wandte sich Eißler unter Darlegung der Verhältnisse.

Balm sprach für die Anträge, desgleichen Zeeß und Michaelis.

Die Generalversammlung lehnte aber beide Anträge ab.

Dagegen wurde mit Mehrheit beschlossen, den Vorstand zu beauftragen, in besonderen Fällen, wenn er es für notwendig erachte, die Kosten solcher Delegationen, sofern Verbandsmitglieder in Betracht kommen, auf die Verbandskasse zu übernehmen.

Andreas machte dann noch auf den Wunsch des Gewerkschaftsfongresses, mit der Gewerkschaft der Buchdrucker Frieden zu schließen und die Mitglieder wieder in den Verband aufzunehmen, aufmerksam.

Döbblin erklärte, es sei nicht Sache des Vorstandes, den Frieden mit der Gewerkschaft unter allen Umständen zu suchen, sondern die Herren selbst mit einem derartigen Gesuche an uns heranzutreten.

Es fand hierauf noch eine geheime Sitzung statt, in welcher mehrere interne Angelegenheiten zur Sprache gebracht wurden, worauf Döbblin dann die Verhandlungen der diesjährigen Generalversammlung mit Worten des Dankes an die erschienenen Vertreter und Gäste nach 7 Uhr abends schloß.

Korrespondenzen.

Berlin. Auf den Jahresbericht des Vereins der Stereotypen- und Galvanoplastiker von Hamburg-Altona und Umgegend in Nr. 71 will ich erwidern, daß ich den Verein nicht hintergangen habe, als ich den Telegrammwechsel mit Kollegen Kößchen verschwie. Am 19. April war die Versammlung, in der ich die Unterstützung bewilligt bekam, und am 25. April zwischen 9 und 10 Uhr früh habe ich dieselbe beim Kassierer in Empfang genommen; am 25. April abends 7 Uhr bekam ich aber das erste Telegramm vom dem Kollegen Kößchen, also habe ich erst nachträglich mit K. in Verbindung gestanden. Was nun die Stellung in Magdeburg anbetrifft, so habe ich wohl K. zum Donnerstag den 1. Mai zugesagt, hatte aber in der Zeit eine andre Stellung angenommen, weshalb ich am Dienstag den 29. April ein abgesehenes Telegramm an K. nach Magdeburg sandte, welches aber leider als unbestellbar zurückkam, weil Empfänger inzwischen von Magdeburg verzogen war. Da mir nun die neue Adresse von K. und auch die betreffende Druckerei in Magdeburg nicht bekannt war, so konnte ich leider weiter keine Schritte in dieser Sache tun.
A. Lubbe, Stereotypen.

Zwei Bräuen. Im Kreise seiner Familie und Arbeiter beging der Buchdruckerbesitzer Peter Paul Hallanzz das Fest seiner fünfzigjährigen Tätigkeit im Dienste der Buchdruckerkunst. Aus diesem Anlasse hatte sich eine Anzahl Freunde des Jubilars und wirrer Kunst sowie das Personal eingefunden, um ihm die Glückwünsche zu übermitteln. Der altehrwürdige Jubilar dankte tiefgerührt für all die Ehrungen und Aufmerksamkeit und überreichte einem jeden eine zu diesem Feste herausgegebene Festschrift, betitelt: „Fünfzig Jahre im Dienste der schwarzen Kunst“, in welcher die Entstehung des Geschäfts durch obige Firma vom Jahre 1685 an bis auf den heutigen Tag klar verständlich niedergelegt ist. — Für das Personal fand dann im Hotel zum Deutschen Hause ein Kommerz und ein solenner Frühstich statt, welche beide in feuchtfröhlicher Stimmung bei humoristischen Reden und Liebesvorträgen aufs anmutigste verliefen. Bemerkenswert noch, daß der alte ergraute Jubilar noch rüstig seines Amtes walte und sogar noch seinen Mann am Faßten stehe. Er ist stets auf das Wohl seiner Arbeiter bedacht und gebührt ihm der Dank der letzteren, die Zustände in der Druckerei so hergestellt zu haben, daß sie ziemlich gute zu nennen sind; für dieses Jahr sind jedem Arbeiter drei Tage Ferien bewilligt worden. Was an Kleinigkeiten zu monieren wäre, dürfte hoffentlich auch bald behoben sein, damit jeder Anlaß zur Klage fortfällt.

Sch. Heidelberg. Am Sonntag den 22. Juni beging unser Bezirk seine Johannisfeier durch einen Ausflug in das an Natur Schönheiten so reiche Neckartal. Mit der Bahn ging es morgens 7 Uhr nach Zwingenberg, wovon es im Gasthause zum Unter die Begrüßung der zahlreich erschienenen Teilnehmer durch den Vorsitzenden Schneider sowie durch die Gesangsabteilung Typographia stattfand. Nachdem man sich hier durch ein Frühstück gestärkt und dem auf der Höhe gelegenen Schlosse und seinen Sammlungen einen Besuch abgestattet hatte, erfolgte der Abstieg und damit die Fußwanderung dem Neckar entlang nach Oberbach, wo um 1/2 2 Uhr in der Restauration Weinmann ein Festessen stattfand, das in jeder Beziehung befriedigte. Später wurde noch ein kleiner Bummel in die Umgebung des freundlichen Neckarstädtchens unternommen und der Rest des Tages ausgefüllt mit Preisquadräten, Chören der Gesangsabteilung Typographia sowie allgemeinen Liebern, von denen besonders das von unserm Kollegen Fritz Mormann verfaßte Gutenberglieb Anknag fand und dem auch an dieser Stelle, ebenso wie Herrn Prinzipal K. Kößler für die unentgeltliche Herstellung der Lieder Dank und Anerkennung gezollt sei. Abends 9 Uhr wurde die Rückfahrt nach Heidelberg angetreten.